

Pulsnitzer Tageblatt

Heftpreis 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ercheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Siret oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Vervielfältigung, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.80 RM frei über d

Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm 30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Melame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Bretinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tshemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Föhrer's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 264

Montag, den 12. November 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Der frühere russische Ministerpräsident Trepow, der in der Nähe von Paris wohnte, ist nach einer Reise von Paris nach Nizza beim Verlassen des Buges an einem Schlaganfall gestorben. Trepow wurde im Jahre 1916 als Nachfolger Sürmers russischer Ministerpräsident.

Im gelben Fluß ist das chinesische Schiff „Ben-Ku“ mit einer Besatzung von 42 Mann gesunken. Die Ursache des Untergangs konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Trotz der eingeleiteten Rettungsmassnahmen war es nicht möglich, die Besatzung zu retten.

Der Dampfer „Hsin-Tsch“ der chinesischen Handels-Dampfschiffahrtsgesellschaft ist nach Meldungen aus Hongkong in der Nähe der Insel Tai auf Grund gelaufen. Der britische Dampfer „Seraphis“ ist von Hongkong aus zur Hilfeleistung abgegangen. Inzwischen befindet sich aber bereits ein japanischer Dampfer an der Unglücksstelle, um die zahlreichen Passagiere der „Hsin-Tsch“ aufzunehmen.

Wie der „Montag“ aus Vulturst meldet, ist der südslawische Dampfer „Tscherna Mora“ im Schwarzen Meer gesunken. Die 50 Mann starke Besatzung ist ertrunken.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.
Folgen des Eisenkonflikts für Einzelhandel und Landwirtschaft. — Landwirtschaftliche Schutzforderungen. — Exportaufschwung der deutschen Autoindustrie.

Im Lebensmittel Einzelhandel und in der Landwirtschaft hat sich die starke Verminde rung der Kaufkraft der durch den Eisenkonflikt im Westen Ausgesparten in dieser Woche bereits stark bemerkbar gemacht. Einmal mehr sind bei den Bodenbesitzern der Lebensmittelgeschäfte des Industriegebietes die Käufe auf Kredit, die von den Einzelhändlern infolge ihrer eigenen beschränkten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nur in engen Grenzen bewilligt werden können; zum anderen zeigt sich in der Landwirtschaft bereits eine ernste Absatzkrise. Die sonst um diese Zeit übliche Winterbedeckung mit Kartoffeln, auf die sich die Landwirtschaft auch in diesem Jahre eingestellt hatte, blieb infolge der ungelärten Lage im westdeutschen Industriegebiet aus, so daß plötzlich große Rückforderungen überfälliger, nicht unterzubringender Kartoffellieferungen nach dem Osten und nach Mitteldeutschland einsetzten. Neben dieser Absatzkrise für landwirtschaftliche Massenerzeugnisse trat eine starke Konsumverminderung für die hochwertigen Agrarprodukte, vor allem für Fleisch, Eier, Butter und Milch in Erscheinung, eine Entwicklung, die durchaus verständlich ist, wenn man in Betracht zieht, daß mehr als eine Million Menschen — die Familien der Ausgesparten durchschnittlich zu vier Köpfen gerechnet — in den Arbeitskampf an der Ruhr direkt einbezogen sind.

Der deutsche Landwirtschaftsrat, Berlin, in dem die gesamten deutschen Landwirtschaftskammern zusammengefaßt sind, hat sich in der Berichtswche an die Reichsregierung mit dem Ersuchen gewandt, sich im Interesse der Sicherstellung der heimischen Erzeugung für die Durchführung der bereits im Februar dieses Jahres geltend gemachten wirtschaftspolitischen Forderungen einzusetzen. Diese beziehen sich im wesentlichen auf die Intraffsetzung der autonomen Zollsätze an Stelle der bisher gültigen unzureichenden Uebergangszölle für Getreide, auf die Wiederherstellung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Getreide- und Mehlszöllen, auf die Erhöhung des deutschen Zuckersolls, auf die völlige Aufhebung des Einfuhrkontingents für zollfreies Gefrierfleisch und auf die Anpassung der Lebendviehzölle an die Fleischzölle. Die erneute Geltendmachung dieser Forderungen hat angesichts des diesjährigen guten Ernteergebnisses mancherorts Befremden hervorgerufen. Der deutsche Landwirtschaftsrat weist demgegenüber darauf hin, daß der auf den Agrarbetrieben lastende Druck, der vor allem durch Kapitalmangel, Höhe der Zinssätze, Steuern und Betriebsmittelpreise auf der einen Seite, geringe Erzeugerpreise für die Agrarprodukte und den durch die Natur des landwirtschaftlichen Betriebes bedingten langsame Umschlag auf der anderen Seite, verursacht ist, durch eine einmalige gute Ernte nicht beseitigt ist. Nicht zuletzt macht die ständige Zunahme des ausländischen Wettbewerbs die Einführung der genannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Interesse der Nahrungsfreiheit unseres Landes und der Gesundung unseres Nährstandes zu einem Gebot der Stunde.

Im Zusammenhang mit der am 8. November in der Reichshauptstadt eröffneten 1. Internationalen Automobil- und Motorradausstellung nach dem Krieg ist die Frage nach der Entwicklung der deutschen Autoindustrie von besonderem Interesse. Nach den Krisen-

Die parlamentarische Winterarbeit beginnt

Eine Reihe von Konflikten, die leicht zur Krise führen können

Die amtliche französische Ministerliste — Eine Westarprede

Die viermonatige Ruhe des Reichsparlaments ist nun zu Ende. Die politische Voraison mit Kabinettsberatungen, Diplomatenbesprechungen und Konferenzen hat zwar schon begonnen, aber das politische Leben setzt doch erst voll wieder ein, wenn der Reichstag versammelt ist, wenn die großen gesetzgebenden Arbeiten wieder beginnen, für die man in den Ministerien Vorarbeit geleistet hat, wenn wieder Meinungs austausch und Meinungsstreit der Parteien im Gange sind. Die gesamte parlamentarische Saison, die sich eigentlich vom Spätherbst bis zum Frühjahr erstreckt, wird freilich noch durch die Weihnachtsferien unterbrochen werden, und der erste Teilerparlamentarischen Arbeit wird deshalb also etwa einen Monat dauern.

Man wird in diesen ersten vier oder fünf Wochen parlamentarischer Tätigkeit nicht nur mit gesetzgeberischen Arbeiten zu tun haben, es werden eine ganze Reihe von rein politischen Problemen zu lösen sein. Der Anfang der Reichstagsberatungen wird jedenfalls durch diese Behandlung rein politischer Fragen gekennzeichnet werden. Mit der großen Aussprache über die Wirtschaftspolitik, veranlaßt durch den

Arbeitskampf im Ruhrgebiet

wird es beginnen, wobei noch abzuwarten ist, ob dieser Aussprache gesetzgeberische Maßnahmen folgen werden, wie sie von einigen Parteien angestrebt werden. Es folgt dann die große Aussprache über Außenpolitik, die unbedingt erforderlich ist, nachdem sich in der parlamentarischen Zeit wichtige außenpolitische Vorgänge abgespielt haben. Die Genfer Ereignisse, die eine völlig neue Entwicklung der deutschen Reparationsfrage einleiteten, die Veränderungen, die durch die lange Krankheit des Außenministers, die amerikanische Präsidentschaftswahl, durch die Krise in Frankreich eingetreten sind, lassen es nützlich erscheinen, daß in der Vollversammlung des Reichstages und vielleicht auch im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wieder eine Klärung der Auffassungen zwischen dem Außenminister und den Regierungsparteien stattfindet. Eine dritte rein politische Frage wird der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues aufwerfen — eine Frage, die manche parlamentarische Schwierigkeiten bringen kann.

Es werden gesetzgeberische Aufgaben folgen. Das

Steuervereinheitlichungsgesetz

wird in diesen Tagen von dem zuständigen Reichsratsausschuß endgültig verabschiedet werden. Es kommt also vor Weihnachten in den Reichstag, dem damit eine wichtige Aufgabe zufällt. Denn dieses Gesetz, das ein gleichmäßiges Besteuerungssystem im gesamten Reichsgebiet bringen soll, ist schon bei seiner Entstehung stark umkämpft worden, und es wird vor seiner Verabschiedung auch im Reichstag noch manche Auseinandersetzung hervorrufen. Ein weiteres wichtiges Gesetzgebungswerk wird vollendet werden, wenn es gelingt, schon jetzt das Arbeitsschutzgesetz zur abschließenden Verhandlung reif zu machen. Daneben aber sind weitere wichtige Arbeiten auf dem Gebiet der Verfassungsgesetzgebung in Aussicht, so das Gesetz über die Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen, das die Reichsangehörigkeit an die Stelle der bisher üblichen Staatsangehörigkeit setzen wird. Weiter aber wird man sich auch in dem neuen Tagungsabschnitt über die Reform der Wahlgesetze unterhalten müssen, die ja schon so lange gefordert wird, und die immer wieder hinausgeschoben wird.

Kommt es zur üblichen Weihnachtskrise?

Eine ganze Reihe von Programmpunkten für die Winterarbeit des Reichstages wird sich nicht länger ohne Entscheidung weiter verschieben lassen. Während der Reichstagspause haben sich gewisse Konfliktsstoffe angesammelt, die auf Entscheidung drängen. Schon der erste Punkt auf der Tagesordnung, die Aussprache über die Wirtschaftspolitik, insbesondere über den Arbeitskampf im Ruhrgebiet, und weiter der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung der Fortführung des Panzerkreuzerbaues sind geeignet, die Regierung zu erschüttern. Wie verlautet, ist die Mehrheit der Reichstagsfraktionen entschlossen, den sozialdemokratischen Antrag möglichst schnell zu erledigen, damit die interfraktionellen Besprechungen zur besseren Fundamentierung der Reichsregierung und Erweiterung der Preußenregierung aufgenommen werden können. Im Lager

der Regierungsparteien besteht, so heißt es, der Wunsch, dem deutschen Volke diesmal die sonst übliche Weihnachtskrise zu ersparen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt, daß der Reparationsfrage vor allen den anderen Fragen der Vorrang gebühre, denn es ginge um die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationslast. Dazu bedürfe Deutschland einer sich ihrer entscheidenden Aufgaben vollbewußten Regierung. Es genüge nicht, daß die Entschlüsse dieser Regierung von einigen Parteien getragen werden. Hinter dieser Regierung müsse eine Autorität der Koalition stehen, die sich auf die unbedingte Mehrheit im Parlament und im deutschen Volke stützen kann. Damit ist, so sagen diese Ausführungen, das Ziel der kommenden Koalitionsverhandlungen, sachlich gesehen, mindestens ebenso bestimmt wie durch den Ausfall der Wahlen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ kommt zu folgendem Ergebnis: „Eine Minderheitsregierung kann uns nicht helfen, wir bedürfen einer entschlußfähigen Mehrheitsregierung, einer starken und verantwortungsbewußten Regierung!“ — Diese Auslassungen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ sind von größter Bedeutung, denn hierin spiegelt sich die Auffassung der Deutschen Volkspartei wieder und der Kreise um Dr. Stresemann.

Poincaré auf der Ministerfuche.

Paris. Poincaré, der vom französischen Staatspräsidenten mit der neuen Kabinettsbildung beauftragt wurde, hat seine Besprechungen fortgesetzt. Daß Herr Doumergue den „Botringer“ mit der Regierungsbildung betraut hat, kann niemanden überraschen, dagegen war die sofortige prinzipielle Bereitschaft Poincarés nicht ohne weiteres zu erwarten, da er sich in Gesprächen mit seinen Freunden seit Beginn der Krise wiederholt dahin geäußert hatte, daß er im Augenblick unter keinen Umständen an die Übernahme der Regierungsgewalt denke. Man tut gut daran, die Schwierigkeiten, mit denen Herr Poincaré zu kämpfen hat, nicht zu unterschätzen. Sie liegen sowohl in der Personenfrage als auch in der Notwendigkeit, einen sachlichen Ausgleich zwischen der Marinegruppe und den Radikalsocialen auf dem Gebiete des zukünftigen Regierungsprogramms herbeizuführen, da Poincaré nun einmal daran festhält, ein Kabinett lediglich auf der Grundlage der „republikanischen Eintracht“, also im Grunde auf der bisherigen Basis, zu schaffen. Mit seinen alten Mitarbeitern scheint er einig geworden zu sein. Queuille, der bisherige Landwirtschaftsminister, hat von Poincaré den wenig angenehmen Auftrag erhalten, bei den Radikalsocialen, also seinen Parteifreunden, zu sondieren, auf welcher Grundlage und mit welchen Personen sie bereit sind, sich an einem neuen Kabinett Poincaré zu beteiligen.

Die amtliche französische Ministerliste

Paris, 12. November. Poincaré hat Sonntag abend sein neues Kabinett gebildet. Um 22 Uhr französischer Zeit wurde folgende Ministerliste amtlich bekannt gegeben:

Ministerpräsident ohne Portefeuille	Poincaré
Justiz	Barthou
Auswärtiges	Briand
Innere	Lardieu
Finanzen	Chéron
Krieg	Painlevé
Marine	Legues
Unterricht	Marrand
Öffentliche Arbeiten	Forgeot
Handel	Bonnesou
Kolonien	Maginot
Arbeit	Loucheur
Luftfahrt	Cynac
Pensionen	Antierou
Unterstaatssekretär	Oberkirch

Die anderen Unterstaatssekretäre werden in den nächsten Tagen vom Ministerrat bestimmt werden. Eine neue Erklärung der neuen Regierung wird nicht vor Mittwoch erwartet. Ueber die Tagesordnung der Kammer und des Senats wird mit den beiden Präsidenten verhandelt werden.